

Pressemitteilung Diskussionsrunde mit MdB Ralph Brinkhaus

„Wie soll es weitergehen, Herr Brinkhaus?“ Bundestagsabgeordneter stellt sich der Kritik von Pro Arbeit

Die am 23. September vom Bundestag beschlossene sogenannte Instrumentenreform bedeutet massive Einschnitte bei der Betreuung und Integration von Langzeitarbeitslosen. Aus diesem Grund hatte die Rheda-Wiedenbrücker Pro Arbeit e. V. nun Ralph Brinkhaus (CDU), zuständiger Bundestagsabgeordneter für den Kreis Gütersloh, zu einer Diskussionsrunde eingeladen. Am Dienstag, den 4. Oktober stellte sich Brinkhaus am Pro Arbeit-Hauptstandort in St. Vit den Fragen und Kritikpunkten der Experten.

„Was wird jetzt aus uns, Herr Brinkhaus?“ Mit dieser Frage eröffneten Menschen die Veranstaltung, die von den drastischen Kürzungen direkt betroffen sind. Stellvertretend für die aktuell rund 120 Maßnahmeteilnehmer des Vereins stellten vier Teilnehmer ihre individuellen Schicksale in einer kleinen Inszenierung vor. „Ziel war es, den Menschen hinter den Statistiken ein Gesicht zu geben“, erklärt Brigitte Kaese, Geschäftsführerin der Pro Arbeit e. V. „Schließlich verbirgt sich hinter jeder Zahl eine Person mit ganz eigenen Ängsten und Bedürfnissen.“ Seit fast 25 Jahren liegt ein Schwerpunkt des Vereins auf der Betreuung, Beschäftigung, Qualifizierung und Integration erwerbsloser Menschen in eigenen Zweckbetrieben. Der nun beschlossene Gesetzesentwurf zieht 2012 für den Kreis Gütersloh noch einmal Kürzungen in Höhe von rund 17 Prozent nach sich. In diesem Jahr wurden die Teilnehmerzuweisungen und Finanzen bereits um rund 20 Prozent reduziert. Darüber hinaus werden die Arbeitsgelegenheiten massiv zurückgefahren, die sozialpädagogische Betreuung wird ebenso wie die vielfältige Qualifizierung der Teilnehmer künftig nicht mehr gefördert und komplett gestrichen. „Für diesen Kahlschlag haben wir momentan keine Lösung parat!“, verdeutlicht Brigitte Kaese die Schwere der Auswirkungen auf Pro Arbeit und alle anderen Beschäftigungsträger im Bereich der Arbeitsmarktintegration. Während die Reform die Eingliederungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt durch einfachere Strukturen und mehr Flexibilität tatsächlich verbessern könne, kämen die Menschen zu kurz, die dort nicht oder nur schwer integrierbar seien. Das, so einer der Hauptkritikpunkte der Experten, sei trotz vielfacher Einsprüche und einschlägiger Gutachten im Vorfeld der Reform schlichtweg nicht berücksichtigt worden.

Ralph Brinkhaus zeigte sich beeindruckt von der persönlichen Darbietung der Teilnehmer und räumte Versäumnisse bei der Instrumentenreform ein. Als Ursache sah er ein seiner Meinung nach in der deutschen Gesellschaft ungelöstes Problem an: „Jeder Arbeitslose soll immer möglichst schnell wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Das entspricht jedoch nicht immer der Realität.“ Man müsse sich der Tatsache stellen, dass ein Teil der Bevölkerung nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt integrierbar sei und deshalb dauerhaft einen zweiten Arbeitsmarkt schaffen, in dem Menschen in geschützten Räumen arbeiten können. Dafür gebe es aber aktuell keinen gesellschaftlichen Konsens. Einen solchen geschützten Raum bietet Pro Arbeit seinen Teilnehmern – Menschen, die keine Alternativen zu den Arbeitsgelegenheiten in den Zweckbetrieben der Einrichtung haben, die jetzt weitgehend gestrichen werden.

Die grundsätzlichen Regelungen des Gesetzesentwurfs verteidigte der Bundestagsabgeordnete als sinnvoll, zumal sie auf der allgemeinen Entspannung des Arbeitsmarktes beruhen würden: „Je besser der Arbeitsmarkt, desto weniger Integrationsmaßnahmen sind nötig.“ Ziel sei es, den ersten Arbeitsmarkt möglichst stark zu machen. Dennoch gestand er konkreten Handlungsbedarf seitens der Politik ein: Der Umgang mit der Langzeitarbeitslosigkeit sei bislang „noch nicht ordentlich gelöst“. Auch die Kritik, die Instrumentenreform zerschlage unter Umständen funktionierende Strukturen, ohne gleichzeitig Alternativen zu bieten, stieß bei Ralph Brinkhaus auf Verständnis. Er habe gesehen, dass es heute keine zufriedenstellenden Lösungen gebe und nehme die Anregungen mit nach Berlin. Für Pro Arbeit und alle weiteren Träger bedeutet die nun folgende Umsetzung der Reform eine existenzielle Bedrohung. „Wir müssen nun kreativ nach Lösungen suchen!“, betont Brigitte Kaese.



Diskutierten mit zahlreichen Pro Arbeit-Mitarbeitern und Maßnahmeteilnehmern die Auswirkungen der Instrumentenreform: (v. l.) Diskussionsleiterin Frauke Dönhöler-Scheidemann (PR-Agentur textkultur), MdB Ralph Brinkhaus (CDU) und Pro Arbeit-Geschäftsführerin Brigitte Kaese